

Anfrage in der StVV-Sitzung vom 20.10.2023 durch Gregor Simon (Grüne):

Themen, die für uns Kommunalpolitiker\*innen wichtig sind, spielen für die Bürger\*innen oft keine große Rolle. Es sind häufig kleine Dinge, mit denen wir uns nicht beschäftigen, über die sich die Leute am meisten aufregen. Zu einem dieser Themen möchte ich heute anfragen. Es geht um die gelben Säcke.

Regelmäßig findet man am Eingang zum Haus am Römer den Hinweis, dass die gelben Säcke vergriffen sind. Wenn gelbe Säcke vorhanden sind, sind die Öffnungszeiten des Bürgerbüros ein Problem. Manchmal wird das dadurch gelöst, dass der Karton mit gelben Säcken zur Mitnahme davor steht. Angesichts des ständigen Mangels lädt das natürlich die Leute dazu ein, mehr als die zwei Rollen zu nehmen, die üblicherweise ausgegeben werden, da man nicht weiß, wann es wieder gelbe Säcke gibt. Dadurch ist der Karton schnell leer und wir sind wieder beim ersten Problem. Ich nenne das den Klopapier-Effekt.

Daher meine erste Frage:

- 1) Warum ist es so schwer die Versorgung des Bürgerbüros mit gelben Säcken sicherzustellen? Wie läuft die Versorgung der Bürger\*innen mit gelben Säcken in den Stadtteilen ab und wie ist die dortige Situation?

Wir reden hier häufiger von Interkommunaler Zusammenarbeit. Mich interessiert an dieser Stelle jedoch die Intrakommunale Zusammenarbeit. Ich habe Verständnis für die schwierige Personalsituation im Bürgerbüro. Gegenüber des Bürgerbüros befindet sich die Stadtbücherei, die Dienstags und Donnerstags bis 18 Uhr geöffnet ist. Ich gehe davon aus, dass man dort die gelben Säcke ebenso gut und kontrolliert ausgeben könnte, wie im Bürgerbüro und die Stadtbibliothek durch interne Leistungsverrechnung davon noch finanziell profitieren könnte.

- 2) Warum werden die längeren Öffnungszeiten der Stadtbücherei nicht genutzt, um die Ausgabe gelber Säcke auch nach Schließung des Bürgerbüros zu gewährleisten?

Wir wissen alle, dass sich die personelle Situation bei der Verwaltung und in ganz Deutschland erschweren wird. In den nächsten 7 Jahren werden wesentlich mehr Menschen aus dem Arbeitsleben ausscheiden als nachkommen. Der Engpass wird zur Regel, nicht zur Ausnahme. Daher meine Frage:

- 3) Welche Maßnahmen ergreift die Verwaltung, um Personalmangel durch intrakommunale Zusammenarbeit zu kompensieren? Werden Aufgaben von überlasteten Abteilungen an Abteilungen mit Kapazitäten abgetreten? Werden Mitarbeiter\*innen bei Bedarf an andere Abteilungen „ausgeliehen“? Inwieweit sind solche Aktionen rechtlich zulässig und inwieweit wird hier mit dem Personalrat zusammengearbeitet, um das Interesse einer auch in Zukunft funktionierenden Verwaltung mit den Interessen der Beschäftigten auszubalancieren?

Ich bin schon eine Weile in der Kommunalpolitik und habe bereits eine Vermutung, was in der Antwort zu meiner Anfrage nach den gelben Säcken stehen könnte. Vermutlich wird darauf verwiesen, dass die Bürger\*innen sich jederzeit gelbe Säcke beim abseits gelegenen Werkstoffhof

des ZAKB abholen können. Jetzt sind wir aber eine Bürger\*innenkommune und ich denke an die Haltung des Seniorenbeirats, wenn ich mir Senioren mit Rollator vorstelle, die sich in Kolonne auf den beschwerlichen Weg zum Werkstoffhof machen. Aber selbst, wenn uns bürgerfreundliche Angebote egal sein sollten, muss ich an einen anderen Bereich denken: das Stadtmarketing. Ich erinnere mich an unzählige Sitzungen, in denen wir zusammengesessen sind, um zu überlegen, wie man die Innenstadt attraktiver machen kann. Eine erst kürzlich durchgeführte Studie kam zum Ergebnis, dass ein Großteil der Menschen, die in der Innenstadt einkaufen, das macht, weil er sich ohnehin schon in der Innenstadt befindet. Und wir denken uns immer neue Dinge aus, um die Menschen in die Innenstadt zu locken. Aber wenn es um gelbe Säcke geht, hängen wir ein Schild auf: „Kommen Sie nicht in die Innenstadt, sondern fahren Sie zum Werkstoffhof“.

- 4) Warum machen wir die gelben Säcke nicht zu einem Stadtmarketingthema, um die Menschen in die Innenstadt zu bringen und binden die Wirtschaft vor Ort ein, die von der höheren Besucherfrequenz profitiert und längere Öffnungszeiten hat als das Bürgerbüro?

Geht man diesen Schritt noch weiter und denkt an die Personalknappheit, kann man auch fragen:

- 5) Inwieweit können in Zeiten der Personalengpässe städtische Dienstleistungen an Externe abgegeben werden?

Und bevor es hier Befürchtungen gibt: niemand erwartet, dass man künftig seinen Personalausweis im Schokoladenhaus verlängert. Aber eventuell könnte man Anwohnerparkausweise in der Mobilitätszentrale verlängern. Ein anderes, bereits praktiziertes Beispiel, das ich hier lobend erwähnen möchte, ist der Kartenverkauf für die Konzerte von cultur communal über das Kaufhaus Horlé. Die Bürger\*innen profitieren von den besseren Öffnungszeiten, der Händler profitiert von zusätzlichen Besuchern und die Verwaltung entlastet ihre Kapazitäten. Eine Win-Win-Win-Situation die eventuell auch bei anderen Dienstleistungen umsetzbar ist.

Die Anwohnerparkausweise sind eine gute Überleitung zum nächsten Thema. Die Stadtverordnetenversammlung hat vor einiger Zeit die Zahl der Stellen für die Parkraumüberwachung erhöht. Zum einen, um die Parksituation in den Griff zu bekommen, aber auch in der Hoffnung, dass sich diese Stellen durch die Bußgeldeinnahmen selbst finanzieren. Hier wird es Zeit für eine Evaluation.

- 6) Wie hat sich die Schaffung der zusätzlichen Stellen auf die Parksituation in der Innenstadt ausgewirkt?
- 7) Inwieweit konnten die Stellen durch zusätzliche Bußgeldeinnahmen gegenfinanziert werden?

Ich kann aus meiner Alltagserfahrung feststellen, dass in der Ernst-Ludwig-Str. weiterhin häufig Fahrzeuge ohne Parkscheibe und ohne Anwohnerparkausweis abgestellt werden. Die Parksituation an der Ecke Spargelweg/Finkenstr. ist regelmäßig sichtbehindernd. Wer vom Spargelweg rechts in die Finkenstr. abbiegen will, muss aufgrund der gewollten und durch parkende Fahrzeuge verursachten Fahrbahnverengung auf die linke Fahrbahnseite, kann aufgrund der parkenden Fahrzeuge entgegenkommende Fahrzeuge jedoch erst sehen, wenn man sich bereits im Abbiegevorgang befindet. Sicher gibt es noch mehr solcher Situationen, die ich nicht bemerke. Man kann darin nicht



geahndete Ordnungswidrigkeiten sehen, aber als Haushaltspolitiker sieht man darin auch eine entgangene Einnahmequelle.

Damit kommen wir zum Haushalt. Wir sind für Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Zuletzt diskutiert bei der Ausweisung der kostenfreien Immobiliennutzung der Vereine als Vereinsförderung. Ich winke hier mal Steffi Teufel zu. Ich vermisse jedoch noch einen anderen Punkt, der im Haushalt billiger dargestellt wird als er tatsächlich ist: es geht um das Produkt 12.05.01, das dieses Jahr voraussichtlich mit einem Minus von 136.000 Euro abschließt: Bereitstellung und Bewirtschaftung von öffentlichem Parkraum. Ebenso wie die Vereinsförderung viel zu niedrig ausgewiesen war, weil eine kalkulatorische Miete für die Raumnutzungen nicht einfluss, erscheint mir auch dieser Ansatz zu niedrig, wenn man die kalkulatorische Miete für den Parkraum berücksichtigt, die in diesen Punkt nicht einfließt.

- 8) Wie könnte man das Produkt 12.05.01 so darstellen, dass es die kostenfreie Bereitstellung von Parkraum als Subvention für den Individualverkehr ausweist?